

Erstattungsordnung DEMOKRATIE IN BEWEGUNG

Diese Erstattungsordnung gilt für die Bundespartei und alle nachgeordneten Gliederungen.

1. Persönlicher Geltungsbereich

- (a) Erstattung nach dieser Ordnung erhalten Mitglieder der Bundespartei von DEMOKRATIE IN BEWEGUNG *einschließlich seiner nachgeordneten Gebietsverbände*, wenn sie durch Auftrag, Beschluß oder Wahl durch hierzu befugte Personen oder Parteigremien als Delegierte oder Beauftragte tätig werden. Auftrag, Beschluß oder Wahl sind zu protokollieren.
- (b) Von dieser Erstattungsordnung ausgenommen sind *Angestellte und hauptamtlich tätige Mitglieder der Partei*. Aufwendungen für Dienstreisen und Dienstgänge im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsverhältnis werden nach den jeweils gültigen steuerrechtlichen Vorschriften erstattet.

2. Sachlicher Geltungsbereich

- (a) Erstattungsfähig sind nur Aufwendungen, die sich aus dem besonderen Auftrag, Beschluss oder die besondere Wahl ergeben. Nicht erstattet werden Aufwendungen, die über den besonderen Auftrag, Beschluss oder die besondere Wahl hinausreichen und/oder auf die eigene Entscheidung des Mitglieds zurückgehen.
- (b) Erstattungsfähig nach dieser Ordnung sind:
 - Fahrtkosten
 - Mehraufwendungen durch Auswärtstätigkeit
 - Übernachtungskosten
 - Sachkosten, wie Telefongebühren, Porti, Büromaterial, Bewirtung, Kosten der Beförderung von Sachen durch private Transport- oder Zustellunternehmen (z.B. UPS, DPD ...), Informationskosten usw.

3. Fahrtkosten

Erstattet werden:

- (a) die tatsächlich nachgewiesenen Fahrtkosten durch Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Flugreisen und Fahrtkosten 1. Klasse werden grundsätzlich nur in Ausnahmefällen und nur nach vorheriger und gesonderter Genehmigung erstattet. Alle Möglichkeiten der Preisermäßigung sind bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel auszuschöpfen, überhöhte Aufwendungen können bei der Erstattung in Abzug gebracht werden. Entstehen durch die Inanspruchnahme pauschaler Ermäßigungen (z.B. Bahncard) zusätzliche Aufwendungen, werden diese je nach Umfang der Beauftragung ganz oder nur anteilig erstattet und sind gesondert und vor Inanspruchnahme zu genehmigen.
- (b) Bei Benutzung privater Beförderungsmittel gelten folgende Pauschalsätze:

PKW	Euro 0,30/km
Motorrad	Euro 0,20/km
Moped	Euro 0,20/km
- (c) Die tatsächlich nachgewiesenen Fahrtkosten für Taxifahrten, wenn zur Ausführung des Auftrages oder Beschlusses oder zur Ausübung des Wahlamtes im Einzelfall die Benutzung anderer öffentlicher Verkehrsmittel nicht möglich war. Die besondere Veranlassung ist auf dem Beleg in Kurzform zu begründen.

- (d) Die tatsächlich nachgewiesenen Park- und Straßenbenutzungsgebühren. Andere Nebenkosten der Fahrttätigkeit, wie etwa besonders veranlaßte Aufwendungen für Insassen- und Unfallversicherung bedürfen der besonderen und vorherigen Genehmigung.

5. Übernachtungskosten

- (a) Erstattet werden die tatsächlich nachgewiesenen Übernachtungskosten bis zu Euro 80,00 je Übernachtung. Höhere Übernachtungskosten bedürfen der gesonderten und vorherigen Genehmigung.
- (b) Ersatzweise kann ohne Nachweis eine Übernachtungspauschale in Höhe von Euro 20,00 je Übernachtung in Anspruch genommen werden.
- (c) Der Anspruch auf Erstattung entfällt bei Unterbringung durch und zu Lasten der Bundespartei oder einer nachgeordneten Gliederung.

6. Sachkosten

Erstattet werden:

- (a) im Einzelfall die tatsächlich nachgewiesenen Kosten. Regelmäßig wiederkehrende Kosten bedürfen der gesonderten und vorherigen Genehmigung. Die Kosten sind auf den Belegen durch kurzen Vermerk zu begründen und der Zusammenhang zu Auftrag, Beschluß oder Wahlamt kenntlich zu machen.
- (b) Bei Bewirtungskosten ist der Tag und die Veranlassung der Bewirtung sowie die Namen der teilnehmenden Personen auf dem Beleg gesondert auszuweisen. Es können nur maschinell erstellte und registrierte Belege anerkannt werden.

7. Genehmigung

Aufwendungen, die der vorherigen und gesonderten Genehmigung bedürfen, sind von der/dem Anspruchsberechtigten bei der hierzu zuständigen befugten Person (Schatzmeister/in oder Geschäftsführer/in) oder dem hierfür zuständigen Parteigremium (in der Regel Vorstand) zu beantragen und zu begründen. Die Genehmigung oder Ablehnung des Antrages ist zu protokollieren.

8. Abrechnung

Der/die Anspruchsberechtigte hat spätestens 3 Monate nach Entstehung der Aufwendung schriftlich durch Abrechnung seinen Anspruch geltend zu machen. Später geltend gemachte Ansprüche werden nur nach Nachweis besonderer Gründe der/des Anspruchsberechtigten erstattet.

9. Steuerlich begünstigter Verzicht auf die Erstattung zugunsten einer Spende an die Bundespartei und nachgeordnete Gliederungen

Der/die Anspruchsberechtigte kann auf die Erstattung der geltend gemachten Aufwendungen ganz oder teilweise zu Gunsten einer Spende an die Landespartei verzichten. Die Spende durch ganzen oder teilweisen Verzicht auf die Erstattung muss unter Nennung des Spenden- und ggf. Auszahlungsbetrages schriftlich auf der Abrechnung erklärt werden. Spenden (einschließlich Beiträge) an politische Parteien sind **insgesamt bis 20 % des Gesamtbetrags** der Einkünfte als **Sonderausgaben** absetzbar., und ermäßigen die Einkommenssteuer um die Hälfte des gespendeten Betrages. Beiträge und Spenden, die den Höchstbetrag übersteigen, können in das **Folgejahr** vorgetragen und dort im Rahmen des Höchstbetrages berücksichtigt werden. Dieser Spendenvortrag gilt zeitlich unbegrenzt.

Gelöscht: 4. Mehraufkommen durch Auswärtstätigkeit¶

¶ Erstattet werden, unabhängig von den tatsächlich entstandenen Kosten, die nachstehenden Pauschalen für durch Auswärtstätigkeit bedingte Mehraufwendungen:¶

¶ Dauer der Auswärtstätigkeit¶
Std.

Eine Kreismitgliederversammlung kann abweichend von dieser Erstattungsordnung für den Geltungsbereich des Kreisverbandes durch einfachen Beschluß die nach dieser Erstattungsordnung geltenden Höchstbeträge und Pauschbeträge vermindern, nicht aber erhöhen. Der Beschluß über die Festsetzung verminderter Höchst- und Pauschbeträge ist als Anlage zu dieser Erstattungsordnung im Geltungsbereich des Kreisverbandes bekannt zu geben. Der Landesverband ist hiervon in Kenntnis zu setzen.

11. Inkrafttreten

Diese Erstattungsordnung tritt mit der Verabschiedung durch den Bundesparteitag am 26.11.2017 in Kraft.